

Sicherheitspolitik und Migrationsabwehr statt Kooperation. Der EU-Finanzrahmen und globale Gerechtigkeit.

Eine Kurzeinschätzung des langfristigen EU-Haushalt (2021-2027) für die BER-Mitgliedsorganisationen, September 2020

Auf dem Sondergipfel am 21. Juli 2020 einigte sich die Regierungsvertreter*innen der Europäischen Union (EU) auf einen Haushaltsrahmen für die Jahre 2021-2027 in Höhe von 1.824,3 Milliarden Euro. Bei der Ausgestaltung setzen sich die Tendenzen fort, die sich seit vielen Jahren abzeichnen: Während die internationale Kooperation weiter an Bedeutung verliert, werden Migrationsabwehr und Sicherheitspolitik aufgewertet. Ambitionierte Ansätze, die für eine Finanzierung einer sozial-ökologischen Transformation notwendig wären, sind kaum vorhanden. Ausgehend von den globalen ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise zeigt die Ausgestaltung des Budgets in die falsche Richtung.

Die Summe setzt sich aus dem EU-Haushaltsplan (»EU's Multiannual financial framework/MFF« bzw. »Mehrjährige Finanzrahmen/MFR«) in Höhe von 1.074,3 Milliarden Euro sowie einem Aufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro (»Solidarity-based recovery fund« oder auch »Specific Recovery Effort under Next Generation EU/NGEU«) zusammen. Durch den Aufbaufonds sollen ökonomische Folgen, verursacht durch die Corona-Pandemie, abgefedert werden.

Der vollständige Text findet sich [hier](#).

Zwar ist der MFR weder der EU-Haushalt, noch sind genaue strategische Ausrichtungen festgeschrieben, dennoch legt er Prioritäten der EU-Finanzplanung und damit auch politisches Gewicht und Vorrangigkeit fest.¹ Derzeit wird der EU-Haushalt vom Europaparlament diskutiert. Da sich die gegenwärtigen Diskussionen vornehmlich um rechtstaatliche Themen innerhalb der EU und um den Wiederaufbau drehen, stehen zwar einige Aussagen unter Vorbehalt, an der inhaltlichen Ausrichtung der untenstehenden Aussagen wird sich nicht viel ändern.

Wie lassen sich die Ergebnisse aus einer entwicklungspolitischen Sicht grob bewerten?

¹ Im Abschlussdokument heißt es: »Die Einteilung der Ausgaben in Rubriken und Politik-Cluster soll die politischen Prioritäten der Union widerspiegeln und für die notwendige Flexibilität im Interesse einer effizienten Zuweisung der Mittel sorgen.«

Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V.
Am Sudhaus 2
12053 Berlin

T 030 – 42 85 15 87
E info@eineweltstadt.berlin
www.eineweltstadt.berlin



Money matters: Finanzmittel gehen zurück

Maßnahmen zur internationalen Kooperation finden sich unter der Rubrik 6 »Nachbarschaft und die Welt« (»Neighbourhood and the World«). Hier einigte sich der Europäische Rat auf ein Budget von 70,8 Milliarden Euro für das »Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit« (»Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument«, NDICI). Die Summe unterteilt sich in circa 54 Milliarden Euro für geographische Programme, 5,7 Milliarden Euro für thematische Programme, 2,8 Milliarden Euro für Krisenreaktionsmaßnahmen (»rapid response actions«) und 8,5 Milliarden Euro für sogenannte »neu auftretende Herausforderungen und Prioritäten, um unvorhergesehene Umstände, neue Bedürfnisse oder neu auftretende Herausforderungen wie Krisensituationen und Post-Krisensituationen oder Migrationsdruck zu bewältigen oder neue –entweder unionsgeführte oder internationale –Initiativen oder Prioritäten zu fördern«.

Unter dem NDICI finden sich die Maßnahmen wieder, die derzeit aus dem derzeitigen Europäischen Entwicklungsfonds finanziert werden.

Die für den Zeitraum 2021-2027 nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungs- und Zahlungsermächtigungen werden im Rahmen dieses Instruments automatisch auf das folgende Haushaltsjahr übertragen, und freigegebene Mittel können wieder verfügbar gemacht werden.

Für Humanitäre Hilfe werden weitere 9,8 Milliarden Euro bereitgestellt.

Vergleicht man das NDICI mit dem derzeitigen Ausgabenniveau, so bedeutet die Vereinbarung Kürzungen von 2,3 Milliarden Euro. Das ist ein Rückgang von 3,15 Prozent im Vergleich zum derzeitigen Finanzierungsniveau vor COVID-19 und ohne die Beiträge des Vereinigten Königreichs. Zusätzlich nehmen die Jahresscheiben für den gesamten Topf in den kommenden Jahren ab. Auch wurden in den NGEU keine Mittel für die internationale Kooperation eingestellt.

Ausgehend von den globalen ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Corona-Krise ist die Reduzierung des Budgets ein vollkommen falsches Signal.

Content matters: Sicherheitspolitik und Migrationskontrolle prioritär

Die EU geht davon aus, dass mit den Folgen der Corona-Krise die Migrationsbewegungen Richtung EU wieder zunehmen werden.

Deutliches Zeichen sind die im MFR festgelegten Prioritäten der stärkeren europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Migrationspolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Rubrik 4 und 5). Formen der Abschreckung und Auslagerung des Grenzregimes, gerne durch Begriffe wie »Grenzmanagement« verharmlost, zeigen die

entsprechende weitere politische Verschiebung und Manifestierung der kommenden Jahre an.²

Auf dem klimagerechten Auge blind

Die Eindämmung des »Klimawandels« spielt sowohl in den Programmen des MFR und des NGEU eine wichtige Rolle. So steigt die Quote für klimabezogene Ausgaben von derzeit 20 auf 30 Prozent. Gegenwärtig nehmen die Stimmen von EU-Parlamentarier*innen zu, dass die Quote deutlich erhöht werden muss. Das scheint auch notwendig, sollen beide, der MFR und der NGEU, mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang stehen, insbesondere mit dem Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Beide sollen auch dazu beitragen, das neue Klimaziel der EU für 2030 zu erreichen. Dieses soll jedoch erst Ende des Jahres festgelegt werden. Hier wird der Klimagerechtigkeit nicht die notwendige Priorität zugewiesen.

Wie zu finanzieren?

Erstmalig wird die EU eigenständig Kredite aufnehmen und sieht sich unter dem Druck, neue Eigenmittel zu generieren. Vorgelegt werden sollen Vorschläge für einen Kohlenstoff-Grenzausgleichsmechanismus und für eine digitale Abgabe. Seit Jahren von entwicklungspolitischen Organisationen gefordert, wird eine Finanztransaktionssteuer als Möglichkeit genannt (»Schließlich wird die Union im Laufe des nächsten MFR auf die Einführung anderer Eigenmittel hinarbeiten, zu denen auch eine Finanztransaktionssteuer gehören kann.«). Sowohl das fehlende Datum als auch die vage Wortwahl des Abschlussdokumentes lassen wenig Raum für Optimismus, dass sie kommen wird.

² Im Abschlussdokument heißt es: »Es gilt, ein umfassendes Migrationskonzept zu gewährleisten, das eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen der EU, verstärktes auswärtiges Handeln und die internen Aspekte im Einklang mit den Grundsätzen und Werten der EU miteinander verbindet. Dies wird unter Berücksichtigung der Erfordernisse im Zusammenhang mit Migrationsströmen auf stärker koordinierte Weise im Rahmen von Programmen unter den einschlägigen Rubriken erfolgen und die schnelle Bereitstellung von Mitteln umfassen. Zu diesem Zweck werden spezifische und erhebliche Komponenten genutzt, um externe Migrationsfragen in den Rubriken 4, 5 und 6 anzugehen.«

Welche Bedeutung haben die Entwicklungen für die (Berliner) entwicklungspolitische Zivilgesellschaft?

Wenige entwicklungspolitische Organisationen erhalten nach hohem Beantragungsaufwand finanzielle Unterstützung für ihre Projekt- und Kampagnenarbeit aus dem EU-Haushalt. Nicht nur, dass es in den letzten Jahren eine Entpolitisierung der Möglichkeiten in der Kampagnenarbeit gab, die Verteilungskämpfe werden angesichts der knapperen Mittel zunehmen.

Es ist zu erwarten, dass Durchführungsorganisationen wie die GIZ an Zugriff gewinnen werden, auch aufgrund der oben beschriebenen thematischen Verschiebung der Schwerpunkte.

Die entwicklungspolitischen Organisationen müssen sich gegen eine Verzahnung von Migrationsabwehr, Sicherheitspolitik und Gelder für internationale Kooperation aussprechen. Die wenigen konkreten politischen Aussagen, die sich in dem Finanzrahmen befinden, wie zum Beispiel zur Europäischen Friedensfazilität müssen kritisch begleitet werden.

In Folge der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise, wird sich in der Fiskalpolitik mit einer umfangreichen Kreditvergabe und in der Investitions- und Wirtschaftspolitik eine starke wirtschaftsfreundliche Sichtweise durchsetzen. Entwicklungspolitische Akteur*innen, die zu fairer Beschaffung, verbindlichen menschenrechtlichen, ökologischen und sozialen Standards oder für eine sozial-ökologische Transformation im Sinne einer Dekarbonisierung arbeiten, werden auf noch stärkeren Widerstand treffen.

Die Ausführungen zur finanziellen Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zeigen wenig Veränderungswillen. In Anbetrachtung steigender Zahlen von Hungernden weltweit sowie der klimaschädlichen Auswirkungen einer intensiven Landwirtschaft muss die Vernetzung entwicklungspolitischer Akteur*innen mit externen Partner*innen wie aus dem Umwelt- und Agrarbereich konsequent weitergeführt werden.

Andreas Bohne/ BER, September 2020

Quellen und weitere Texte

- Das Abschlussdokument in Englisch findet sich [hier](#).
- Das Abschlussdokument in Deutsch findet sich [hier](#).
- Eine Einschätzung von VENRO findet sich [hier](#).